Handelsblatt

Handelsblatt print: Heft 33/2022 vom 16.02.2022, S. 8 / Politik

KLIMAFREUNDLICHE HEIZUNGEN

Schwierige Wärmewende

Ab 2025 sollen neu eingebaute Heizungen mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden. Experten halten das für kaum machbar.

Der Gebäudesektor ist einer der größten Energiefresser und Klimasünder. Ob Bürokomplexe, Industriebetriebe oder Wohnungen: Das Heizen, Kühlen und die Bereitstellung von warmem Wasser benötigen jede Menge Energie, die vor allem durch fossile Brennstoffe erzeugt wird. Die Emissionen im Gebäudesektor sind entsprechend hoch.

SPD, Grüne und FDP wollen das ändern und die Wärmewende vorantreiben, schließlich will Deutschland bis 2045 klimaneutral sein. Neu eingebaute Heizungen sollen deswegen ab 2025 auf Basis von mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden, so steht es im Koalitionsvertrag der Ampelregierung.

Rund die Hälfte der rund 21 Millionen in Deutschland installierten Heizungen gilt als veraltet und technisch ineffizient. Gut 75 Prozent der Wohngebäude sind nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (Dena) mit einer Öl- oder Gasheizung ausgestattet. Aus Klimaschutzgründen ist das Regierungsvorhaben also richtig, doch bei der Umsetzung wird es haken. "Eine plötzliche Dreijahresfrist ist für die Entwicklung und Umsetzung umfassender Lösungen, die auch noch marktfähig und bezahlbar sein sollen, schlicht nicht realistisch", sagt Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Die 65-Prozent-Anforderung würde sich pauschal auf alle Anlagen auswirken, ohne die jeweils unterschiedliche lokale Situation der Energieversorgung berücksichtigen zu können, warnt Gedaschko. Die Versorgungsnetze, vor allem bei Strom aber auch Fernwärme seien aber noch nicht so weit.

Die Herausforderungen sind komplex: "Es gibt nicht 'die' eine Lösung, die für alle gut funktioniert", beschreibt Lamia Messari-Becker, Bauingenieurin und Ex-Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, die Problemlage. Nötig seien unterschiedliche Wege, um Klimaschutz im Gebäudebestand zu erreichen. Sowohl die Versorgungsinfrastruktur als auch die technischen Voraussetzungen in den Gebäuden selbst seien derart unterschiedlich, dass pauschale Lösungen unmöglich seien.

Mit Erdgas und Solarthermie seien die 65 Prozent derzeit nicht erreichbar, Holzpellets-Lösungen würden knapp, gibt Messari-Becker zu bedenken. "Was bleibt, ist die Wärmepumpe auf Strombasis." Doch das werde bei den jetzigen Strompreisen für viele Menschen gerade im Bestand sehr teuer und könnte zu sozialen Verwerfungen führen. Beim derzeitigen Ökostromangebot und - bedarf aller Sektoren sei das Vorhaben nicht zu Ende gedacht "und eher ein Blindflug".

Skeptisch ist auch Simon Müller, Deutschlanddirektor der Denkfabrik Agora Energiewende. " Im Neubau ist es unproblematisch, auf einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbare zu kommen", sagt Müller. Im Bestand sei der technische und finanzielle Aufwand deutlich höher, es brauche einen klugen Instrumentenmix. Selbst innerhalb der neuen Ampelregierung weiß man, wie ehrgeizig das Vorhaben ist. Im Gebäudesektor sei in den vergangenen Jahren aber zu wenig passiert, sagt Daniel Föst, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollten, "brauchen wir ambitionierte Ziele".

Zu den klimafreundlichen Alternativen zu alten Öl- und Gasheizungen zählen Wärmepumpen, die mithilfe von Strom dem Außenbereich Wärme entziehen und sie ins Haus abgeben. Ihr Absatz steigt, vor allem aber für Ein- und Zweifamilienhäuser, weniger für die Mehrfamilienhäuser der großen Städte.

"Wärmepumpen müssen oft zusammen mit anderen Maßnahmen an der Gebäudetechnik und - hülle mitgedacht werden", begründet das Stefan Schönberger, Klimaexperte bei der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG). "Im Vergleich zu fossilen Kesseln entsteht dadurch auch ein höherer Kapitalbedarf." Zudem bestehe momentan bei den Hauseigentümern eine riesige Informationslücke, welche Lösung sinnvoll sei und welche Alternativen bestünden.

BCG sieht die Regierung in der Pflicht, für mehr Klarheit zu sorgen. "Sinnvoll wäre es, für jedes Gebäude einen Sanierungsfahrplan aufzusetzen, der eine kosten- und technologieoptimale Lösung beschreibt", meint Schönberger. "Alle, die ab 2025 die Heizung austauschen müssen, sollten entscheiden können, worin sie investieren, welche Fördermöglichkeiten sie haben und wie sie das finanzieren können. Ansonsten ist man dem Markt vollkommen ausgeliefert."

Für die Städte gilt auch Fernwärme als zukunftstaugliche Option. Bislang aber werden in Städten wie Berlin und Hamburg nur bis zu 30 Prozent der Haushalte mit Fernwärme versorgt, die zudem aber vor allem durch die Verbrennung von Kohle und

Schwierige Wärmewende

Erdgas erzeugt wird.

Fernwärme kann auch per Abwärme aus Kraftwerken oder Industriebetrieben sein oder mithilfe von Geothermie, also Erdwärme, produziert werden, so geschieht es zunehmend in München. Heute liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Fernwärme nach Angaben des Branchenverbandes BDEW bei gerade einmal 17,5 Prozent.

Das Bundeswirtschaftsministerium setzt darauf, dass Wärmeversorger neue Gebiete erschließen und bestehende Fernwärmenetze verdichten, indem zusätzliche Gebäude in einem bestehenden Fernwärmegebiet angeschlossen werden. Noch in diesem Jahr soll eine neue Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) starten. Damit soll es Versorgern erleichtert werden, bestehende Wärmenetze zu wirtschaftlichen Bedingungen auf erneuerbareEnergien und sonst ungenutzte Abwärme umzustellen.

Experten fordern darum schnellstens eine kommunale Wärmeplanung, um Investoren langfristig Orientierung zu bieten. Wie sind die Rahmenbedingungen? Welche erneuerbaren Wärmequellen sind örtlich verfügbar? Wie sieht das bisherige Netz aus? Wie ist der Gebäudebestand vor Ort? Macht es für einzelne Städte Sinn, sich an Fernwärmenetze anzuschließen, oder braucht es Quartierslösungen?

Mit einem Austausch der Heizung ist es nicht getan

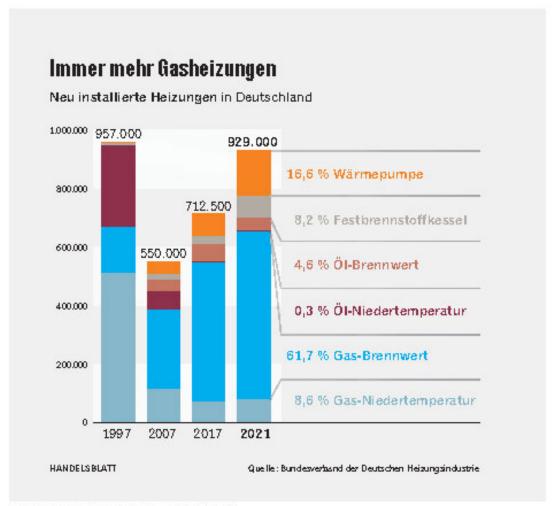
Gebäude müssen zudem in die Lage versetzt werden, die Wärme abzunehmen, auch hier braucht es Investitionen. Derzeit bringen große Fernwärmenetze das Heizwasser noch mit einer Temperatur von 90 Grad Celsius und höher zur Hausübergabestation, von der aus die Wärme dann in die Heizungen verteilt wird. Langfristig können und sollen Wärmenetze auf niedrigere Temperaturen umgestellt werden.

"Wir müssen die Ressourcen für die energetische Sanierung effizient einsetzen", mahnt Agora-Denker Simon Müller. Mit einem Heizungstausch, der schon kompliziert genug ist, sei die Sache nicht getan. "Es braucht ein Zusammenspiel bei der Sanierung von Gebäuden." Das heißt, sich konkret zu überlegen, auf welche Weise langfristig die meisten Emissionen gespart werden: durch eine Dämmung der Gebäudehülle, den Austausch der Fenster, die Erneuerung der Heizung.

Die Frage, wie gut Wasserstoff geeignet ist, um die Wärmewende voranzubringen, ist in der Branche umstritten. Grüner Wasserstoff könnte künftig ins bestehende Gasnetz eingespeist und dem Erdgas beigemischt werden, dürfte aber in den nächsten Jahren eher Mangelware und in anderen Sektoren besser eingesetzt sein, etwa in der Industrie oder in der Schifffahrt.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Es gibt nicht die eine Lösung, die für alle gut funktioniert. Lamia Messari-Becker Ex-Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen



Handelsblatt Nr. 033 vom 16.02.2022

@ Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Immobilienbranche: Energiesanierung - Zahl und Anteil der neuinstallierten Heizungen in Deutschland insgesamt und nach Art der Technologie absolut und in Prozent (MAR / UMW / Grafik)

Kersting, Silke

Quelle:Handelsblatt print: Heft 33/2022 vom 16.02.2022, S. 8Ressort:PolitikDokumentnummer:81E9CA9F-E307-4526-8A78-AAC5EDCB7CF8

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB__81E9CA9F-E307-4526-8A78-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM__81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AAC5EDCB7CF8%7CHF8%7CHBPM_81E9CA9F-E307-AA

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH